

Bern, 2. Juni 2012

Medienmitteilung

10 Jahre Fristenregelung – Wir wollen keine Rückschritte

Vor genau 10 Jahren hat das Schweizer Stimmvolk die Fristenregelung mit deutlichem Mehr angenommen. Ein überparteiliches Komitee feiert die Errungenschaft mit einer Jubiläumsveranstaltung in Bern, die gleichzeitig als Kampagnenstart gegen die Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ dient: 52 schweizerische Organisationen haben die Resolution „Wir tolerieren keine Rückschritte“ unterschrieben, welche die Fristenregelung und die damit verbundene Kostenübernahme durch die Krankenkasse verteidigt.

Am 2. Juni 2002 hat das Schweizer Stimmvolk die Fristenregelung mit einer klaren Mehrheit von 72 % angenommen. Diese hat den Frauen das Recht auf Selbstbestimmung bei einem Schwangerschaftsabbruch gebracht. Die Zahlungspflicht der Krankenversicherung für den Eingriff war integrierender Bestandteil der Abstimmungsvorlage, auch dazu haben also 72% Ja gesagt. Die Fristenregelung hat sich in der Praxis bewährt. Trotzdem wird das klare Volksverdikt von ultrakonservativen Kreisen unter dem Deckmantel der Kostenfrage nun wieder in Frage gestellt. Deshalb gibt der 2. Juni nicht nur Anlass zum Feiern, sondern auch zur Verteidigung der erlangten Rechte. Ein überparteiliches Komitee bestehend aus Vertreterinnen von SP, FDP, CVP und Grünen sowie von Fachorganisationen wehrt sich mit einer öffentlichen Erklärung gegen die Angriffe auf das Selbstbestimmungsrecht beim Schwangerschaftsabbruch. Die Erklärung wurde inzwischen von 52 nationalen Organisationen unterschrieben. Die Initiative „Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache“ untergrabe die Errungenschaften der Fristenregelung, diskriminiere Frauen und gefährde deren Gesundheit, weil sie den Zugang zu einem medizinisch fachgerechten Schwangerschaftsabbruch erschwere, hält die Resolution fest. Und nicht zuletzt: Sie verspreche fälschlicherweise Kostensenkungen im Gesundheitswesen, ziele aber auf die Stigmatisierung des legalen Schwangerschaftsabbruchs ab. Die beteiligten Organisationen werden deshalb die Initiative geschlossen bekämpfen.

Kontakt

- + Anne-Marie Rey, Schwangerschaftsabbruch-Infostelle, Tel. 031 911 57 94, arey@svss-uspda.ch
- + Barbara Berger, Zentralsekretärin SP-Frauen, Tel. 031 329 69 90 (M 079 333 72 88), barbara.berger@spschweiz.ch

Arbeitsgruppe:

Suleika Baumgartner (Grüne Schweiz), Barbara Berger (Zentralsekretärin SP-Frauen Schweiz), Anita Cotting (Geschäftsführende Direktorin Sexuelle Gesundheit Schweiz), Claudine Esseiva (Generalsekretärin FDP-Frauen Schweiz), Helene Huld (Frauenärztin FMH, APAC-Suisse), Lea Kusano (SP-Stadträtin Bern), Stéphanie Mörkofer (ehem. FDP-Regierungsrätin AG), Ursula Nakamura-Stoecklin (Schweiz. Verband für Frauenrechte), Marie Perriard (ehem. Leiterin Familienplanungsstelle Fribourg, Sexuelle Gesundheit Schweiz), Anne-Marie Rey (Schwangerschaftsabbruch-Infostelle, ehem. SVSS), Susanne Rohner (Sexuelle Gesundheit Schweiz), Babette Sigg (Präs. CVP-Frauen Schweiz), Rosmarie Zapfl (alliance F)

www.svss-uspda.ch